

An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Mag.^a Astrid Eisenkopf
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 18. September 2025

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Bernd Strobl, Patrik Fazekas, BA, Kolleginnen und Kollegen zum selbstständigen Antrag Zahl 2100-0171, welcher wie folgt abgeändert wird:

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend
Verantwortungsvoll handeln – nachhaltige Unterstützung der Volksgruppen
sichern

Die Volksgruppen im Burgenland sind fester Bestandteil der kulturellen, sprachlichen und gesellschaftlichen Vielfalt unseres Landes, haben das Burgenland geprägt und leisten bis heute einen unverzichtbaren Beitrag zum Zusammenleben in unserer Region. Ihre Sprachen, Traditionen und kulturellen Ausdrucksformen sind nicht nur Teil des kulturellen Erbes Österreichs, sondern auch ein lebendiges Zeugnis des europäischen Gedankens von Vielfalt in Einheit.

Die Bundesverfassung garantiert den Volksgruppen besondere Rechte, darunter das Recht auf Erhaltung und Förderung ihrer Sprache und Kultur. Diese Rechte dürfen nicht nur auf dem Papier bestehen, sondern müssen auch aktiv umgesetzt und weiterentwickelt werden. Gerade angesichts gesellschaftlicher Veränderungen, Migration, Digitalisierung und Globalisierung ist es umso wichtiger, dass der Schutz und die Förderung der Volksgruppen nicht als statische Aufgabe, sondern als dynamischer und zukunftsorientierter Prozess verstanden werden.

In der Praxis zeigt sich jedoch, dass die bestehenden Maßnahmen nicht ausreichen, um den Bedürfnissen der Volksgruppen gerecht zu werden. Insbesondere im Bereich der Bildung wird deutlich, dass zweisprachige Angebote und Unterrichtsmöglichkeiten oft nur in den traditionellen Siedlungsgebieten autochthoner Volksgruppen verfügbar sind.

Dabei ist das Interesse an mehrsprachiger Bildung längst nicht mehr auf diese Regionen beschränkt. Kinder und Jugendliche, die außerhalb dieser Gebiete aufwachsen, sowie Familien, die Wert auf mehrsprachige Erziehung legen, finden häufig keine geeigneten Strukturen vor. Dadurch geht wertvolles sprachliches und kulturelles Potenzial verloren.

Gleichzeitig eröffnen neue pädagogische Konzepte und digitale Lernformen innovative Möglichkeiten, um Volksgruppensprachen in allen Lebensphasen zugänglich zu machen – von der frühen Kindheit über die schulische Ausbildung bis hin zur

Erwachsenenbildung. Neben schulischen Angeboten kommt auch den kulturellen Projekten, Vereinen und Initiativen eine zentrale Rolle zu.

Sie sind oft Träger der Identität, Motor der Weitergabe von Sprache und Tradition und leisten unverzichtbare Arbeit im gesellschaftlichen Miteinander. Um diese wertvolle Arbeit dauerhaft zu sichern, braucht es ausreichende finanzielle Unterstützung sowie ein klares politisches Bekenntnis.

Darüber hinaus ist die Sichtbarkeit der Volksgruppensprachen im öffentlichen Raum von großer Bedeutung. Sprache lebt nicht nur in den Klassenzimmern, sondern auch in der täglichen Begegnung, in den Medien, in der Verwaltung und in der symbolischen Anerkennung durch die öffentliche Hand. Eine sichtbare und gelebte Mehrsprachigkeit stärkt nicht nur das Selbstbewusstsein der Volksgruppen, sondern bereichert das kulturelle Leben im Burgenland insgesamt.

Es liegt daher in der politischen Verantwortung, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die den verfassungsrechtlichen Auftrag ernst nehmen, Diskriminierung verhindern und die Volksgruppen nicht nur erhalten, sondern ihre Rolle als lebendigen und zukunftsorientierten Teil unserer Gesellschaft stärken.

Die Förderung der Volksgruppen ist nicht nur eine historische Verpflichtung, sondern auch eine Investition in die Zukunft des Burgenlandes und Österreichs insgesamt – für ein friedliches, respektvolles und vielfältiges Miteinander.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Bundesministerium für Bildung und dem Bundesministerium für Finanzen in Verhandlungen zu treten, um neue Modelle für den Unterricht in Volksgruppensprachen auch außerhalb der autochthonen Gebiete zu entwickeln. Ziel ist es, mehrsprachige Bildungsangebote auch außerhalb der autochthonen Gebiete zu ermöglichen und deren Finanzierung sicherzustellen.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, die Durchsetzung der verfassungsrechtlich garantierten Rechte der Volksgruppen ohne Diskriminierung zu gewährleisten.

Die Burgenländische Landesregierung wird weiters aufgefordert, in ihrem eigenen Wirkungsbereich umfassende Maßnahmen zur nachhaltigen Stärkung der Volksgruppen zu ergreifen, insbesondere:

- Ausbau und Förderung bestehender zweisprachiger Schulen und Kindergärten.
- Förderung von digitalen Lernangeboten (Apps, E-Learning, Online-Kurse) für Kinder, Jugendliche und Erwachsene.
- Finanzielle Unterstützung für Initiativen von Institutionen und Vereinen, welche die Förderung, den Erhalt und die Weitergabe der Volksgruppensprachen zum Ziel haben.
- Sicherstellung ausreichender Ausbildung und Bereitstellung von Lehrkräften in Volksgruppensprachen.
- Förderung kultureller Projekte (Theater, Musik, Literatur, Medien) in Volksgruppensprachen.
- Unterstützung wissenschaftlicher Forschung zur Geschichte, Sprache und Kultur der Volksgruppen.
- Deutliche Sichtbarmachung der Volksgruppensprachen durch Projekte und Initiativen. Ein sichtbares Zeichen soll dabei die Bereitstellung der Homepage des Landes Burgenland in den Volksgruppensprachen sein.
- Regelmäßige Anhörung der Volksgruppenvertreter im Landtag.